



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 23.01.09

Hagedorn jubelt: Sechs weitere Branchen durch Mindestlöhne geschützt

Genau 14 Tage, nachdem die ostholsteinische Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn (SPD) auf einer "Betriebsrätekonferenz" in Lensahn zusammen mit dem SPD-Arbeitsmarktexperten MdB Klaus Brandner das Lohndumping in vielen Branchen und Großbetrieben – gerade im Gesundheits- und Pflegebereich auch in Ostholstein – thematisiert hatte, stimmte der Bundestag auf Initiative der SPD am 22. Januar FÜR die Aufnahme sechs weiterer Branchen (Altenpflegepersonal, das Wach- und Sicherheitsgewerbe, die Abfallentsorger, die Textilreiniger und der Zweig der Bergbau-Spezialarbeiten) in die Mindestlohnregelung. Hagedorn: "Das ist ein Grund zum Jubel! Für die Menschen in Ostholstein ist sicher die Mindestlohnregelung für den Pflegebereich besonders wichtig. Das Durchschnittsalter in unserem Kreis steigt schneller an als in anderen Regionen - immer mehr Alten- und Pflegeeinrichtungen werden gebaut und bieten wichtige Arbeitsplätze in unserer Region. Aber die Arbeit in der Pflege ist hart und extrem verantwortungsvoll, Schichtdienst kommt hinzu. Da darf es keine Frage sein, dass Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, für ihre Arbeit auch anständig bezahlt werden. Mindestlöhne sind nicht nur ein Schutzschild gegen Lohndumping und der Weg zu gerechter Bezahlung.

Mindestlöhne sollen sicherstellen, dass Menschen, die Vollzeit arbeiten auch von ihrem Verdienst anständig und in Würde leben können."

Zu Beginn dieser Legislaturperiode, im Jahr 2005, waren lediglich 700.000 Beschäftigte in Deutschland durch Mindestlöhne geschützt. Nach Verabschiedung der vorliegenden Gesetze wird sich diese Zahl auf fast 4 Mio. Arbeiterinnen und Arbeiter erhöhen, darunter knapp eine halbe Million Beschäftigte in der Altenpflege. Hagedorn: "Diesen Menschen kann man nicht sagen: 'Arbeitet in einem Pflegeberuf, seid engagiert und tragt dazu bei, dass diejenigen, die ein langes Arbeitsleben hinter sich haben, einen erfüllten Lebensabend haben', ihnen dann aber eine Lohnabrechnung schicken, die ihnen quasi mitteilt: 'Wenn ihr nicht Geld von euren Familien oder einer Arbeitsgemeinschaft bekommt, dann könnt ihr euren Lebensunterhalt nicht finanzieren.' Das passt nicht zusammen! Fakt ist: 1,7 Mio. Arbeitnehmer mit ihren Familien profitieren jetzt von diesen neuen Gesetzen, weil ihr Einkommen endlich abgesichert wird. Das ist ein Erfolg der SPD in der großen Koalition, der vor wenigen Wochen nicht mehr erreichbar schien."

Besonders "umkämpft" war zwischen SPD und CDU/CSU die Aufnahme der Leiharbeitsbranche in die gesetzliche Regelung. Hagedorn dazu: "An der Blockade der Union ist die offizielle Aufnahme in die Mindestlohnregelung gescheitert – aber wir haben eine Lohnuntergrenze für die Zeitarbeitsbranche eingeführt. Diese Regelung ist für die Leiharbeiter ein Durchbruch und Riesenschritt in die richtige Richtung, wenn auch das SPD-Ziel der Grundsatz "equal pay" bleibt – nämlich nach einer Einarbeitungszeit "gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit". Klar ist: Es muss in diesen Zeiten der Krise möglich sein, nicht nur Banken zu retten, sondern auch denen Sicherheit in Form angemessener Löhne zu geben, die sich als Zeit- und Leiharbeiter in besonders prekären Arbeitsverhältnissen befinden."

Wie stark die "Leiharbeit" auch in Ostholstein und Stormarn längst zur Realität in vielen Betrieben gehört, zeigte die aufrüttelnde Debatte mit den Betriebsräten in Lensahn am 8. Januar 2009. Hagedorn: "Bundesweit verdoppelte sich die Zahl der Leiharbeiter zwischen 2002 und 2007. Während Zeitarbeit in einigen Branchen als sinnvolles Instrument zur Abdeckung von Auftragsspitzen und Einstieg in reguläre Arbeitsverhältnisse früher bewährt war, wird es heute zunehmend als Mittel für Tariffucht und Lohndumping missbraucht, zieht ganze Branchen abwärts in Richtung Hungerlöhne und gefährdet neben der Existenz der Mitarbeiter und ihrer Familien vor allem auch den Zusammenhalt der Beschäftigten. Die neuen Gesetze sind darum zwar ein wichtiger Erfolg für die Menschen, der Mut macht – aber der Kampf um faire Löhne ist noch lange nicht gewonnen!"